



Die Landesgemeinde  
wird eine  
Bundesgemeinde.

Im Jahr 2024 existieren  
in der **Bundesrepublik** von D e u t s c h l a n d  
**10.753** Gemeinden mit Gemeindewappen.

Die Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland  
sind Landesgemeinden *oder Kreisgemeinden*,  
also dem Kreis (*Landrat, Kreisratsamt*) angehörig,  
und deshalb gegenüber dem Kreis  
Abgaben- und Steuerpflichtig

Wieso erleidet die Gemeinde  
einen finanziellen Engpass  
und ist wirtschaftlich kaum handlungsfähig?



Die allgemeine *Landesgemeinde* (Kreisgemeinde)  
ist eine von diesen 10.753 deutschen Gemeinden,  
die von den jährlichen Einnahmen  
ca. 66% Abgaben und Steuern  
an den Kreis überweisen.

Was kann gesetzlich unternommen werden,  
damit die Gemeinde über mehr  
Finanzmittel und Investitionsvolumen verfügt?

Die Einwohner der **Ortsgemeinde** können selbstbestimmt nach GRUNDGESETZ Artikel 28 der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND den Rechtsstatus „Landesgemeinde“ in den Rechtsstatus „Bundesgemeinde“ ändern, um *bundesstaatliche Fördergelder aus Bundesmitteln zu erhalten (Sondervermögen).*



[← zurück](#)

[weiter →](#)

[Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis](#)

## Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

### Art 28

(1) Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muß den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen. In den Ländern, Kreisen und Gemeinden muß das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist. Bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden sind auch Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen, nach Maßgabe von Recht der Europäischen Gemeinschaft wahlberechtigt und wählbar. In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten.

(2) Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfaßt auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.

(3) Der Bund gewährleistet, daß die verfassungsmäßige Ordnung der Länder den Grundrechten und den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 entspricht.

[zum Seitenanfang](#)

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Barrierefreiheitserklärung](#)

[Feedback-Formular](#)

[Seite ausdrucken](#)

## Warum soll aus der „Landesgemeinde“ eine „Bundesgemeinde“ werden?

Die *Landesgemeinde* erhält  
*keine staatlichen Bundesmittel.*

Die *Ortsgemeinde* als „Bundesgemeinde“  
erhält dagegen *bundestaatliche Fördermittel*,  
welche nach dem *Raumordnungsgesetz § 2 (ROG)*,  
bei Bedarf eingesetzt werden können,  
was bisher unerschlossene und nicht genutzte  
*Kapital- und Investitionsmöglichkeiten* eröffnet.

Ist die Wandlung einer Landes- und Kreisgemeinde  
in eine „Bundesgemeinde“ überhaupt legal  
und gesetzeskonform?

*Der Gesetzgeber ermöglicht ausdrücklich  
durch das Grundgesetz die Selbstbestimmung  
der Gemeinde (z.B. Artikel 28) nach dem  
Subsidiaritäts- und Universalitätsprinzip.*

*Das bedeutet, dass jede deutsche Ortsgemeinde  
als kleinste bundesstaatliche Einheit  
örtliche Angelegenheiten  
in eigener Verantwortung regeln kann.*

*Das bedeutet, dass jede deutsche Ortsgemeinde  
als kleinste bundesstaatliche Einheit  
örtliche Angelegenheiten  
in eigener Verantwortung regeln kann.*



## Wie wird aus der Landesgemeinde eine Bundesgemeinde?

Um als Ortsgemeinde direkt staatliche Bundesmittel  
als selbstbestimmte Bundesgemeinde zu erhalten,  
können die **Einwohner** (*Legislative*) im Kollektiv  
gesetzliche Schritte vollziehen  
(z.B. Einwohnerantrag stellen)  
und bestimmte Maßnahmen beschließen,  
welche an den Gemeinderat (*Executive*)  
zur fristgerechten Durchsetzung übertragen werden.

Wie kann die Ortsgemeinde  
nach GRUNDGESETZ Artikel 28  
der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
eine sich selbst verwaltende  
Bundesgemeinde werden  
und bundesstaatliche Fördermittel erhalten?

**Der Einwohnerantrag**  
*(oder die Gemeindeversammlung)*  
**ist die Legislative**  
*(bestimmende/gesetzgebende Gewalt),*  
**der Gemeinderat ist die Executive**  
*(ausführende Gewalt)*  
**der Gemeinde.**

Die Einwohner (*Bürger, Legislative*) beauftragen  
über den Einwohnerantrag  
den Gemeinderat (*Executive*)  
mit der Durchsetzung eines Beschlusses.

## Was ist genau ist zu tun?

1. Mit dem **Einwohnerantrag** startet der Bürger das Bundesgemeindeprogramm.
2. Das nötige gesetzliche Quorum\* an Unterschriften für das Anliegen des Einwohnerantrages ist in der **Gemeinde** zu erreichen ggf. mit Einberufung einer Gemeindeversammlung.

*\*bis 10.000 Einwohner 3% über 10.000 Einwohner 1,5%*

3. Mit Erfüllung des Quorums ist das Anliegen der Einwohnerantrages ein legislativer Beschluss und beim **Gemeinderat (Executive)** zur Durch- und Umsetzung einzureichen. als Auftragserteilung zu übergeben.  
Die gesetzliche Frist für den Gemeinderat zur Umsetzung des Auftrages beträgt bundeseinheitlich 3 Monate.

Wie kann die Landesgemeinde des Kreises  
eine sich selbst verwaltende  
Bundesgemeinde werden?

Diese staatlichen Bundesmittel  
stehen unmittelbar in Verbindung  
mit der **völkerrechtlichen** und **international**  
anerkannten *Kennzeichnung* von Friedensgebieten  
für Ortschaften und Gemeinden.

Falls der Ortschaft und **Gemeinde**  
solch eine **völkerrechtliche** und **internationale**  
Gebietskennzeichnung fehlt,  
kann diese durch die Einwohner  
mit dem **Einwohnerantrag**  
gesetzlich herbeigeführt werden.

**Was beinhaltet diese völkerrechtliche  
und internationale Kennzeichnung  
von Ortschaft und Gemeinde  
als Friedensgebiet im Einzelfall?**

Diese Gebietsmarkierung der Ortschaft  
als internationales **Friedensgebiet**  
verbindet direkt das Gemeindegebiet  
mit dem Bundesgebiet.

Das führt rechtlich zur Sicherung bestehender  
Vermögenswerte und schützt örtliches  
Privatvermögen (z.B. Einfamilienhaus) vor Enteignung  
oder Zwangsversteigerung.

Das Volumen staatlicher Bundesmittel  
für Investitionen in der Bundesgemeinde richtet  
sich nach Bedarf der Einwohner und Gemeinde  
und schließt die Kostenübernahme  
für laufende Kosten in der Gemeinde  
im öffentlichen und privaten Bereich ein.



## Wie sieht die Gebietskennzeichnung der Bundesgemeinde *konkret* aus?

Die Bundesgemeinde wird sichtbar, sobald die jetzige Gebietskennzeichnung der *Landesgemeinde (Ortschild nach StVO)* eine völkerrechtliche Erweiterung erfährt!

### **Benötigt wird:**

1. eine Neu-Beflaggung und erweiterte Beschilderung der Ortseingänge,
2. eine dreifach Beflaggung des Rathauses,
3. eine Grenzsteinsetzung zur Erschaffung einer neuen Liegenschaft (*Grundstück*).

## Welche Flaggen, Wappen und Kennzeichen machen die **Bundsgemeinde** sichtbar?

1. Die staatliche Bundesflagge von 1996.
2. Das amtliche Bundeswappen von 1952.
3. Das aktuelle Gemeindewappen.
4. Das Kennzeichen D der Bundesrepublik.
5. Die völkerrechtliche weiße Friedensflagge  
(nicht gemeint die Parlamentärsflagge nach der HLKO)  
in Verbindung mit Bundesflagge, Bundeswappen,  
Gemeindewappen und Kennzeichen D.



Die staatliche  
Bundesflagge von 1996



Die amtliche  
Bundeswappen von 1952

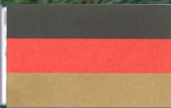


Das Gemeindewappen  
der Gemeinde Freisbach



Das Kennzeichen D  
der Bundesrepublik

Welche Gebietskennzeichnungen  
machen die Bundesgemeinde sichtbar?



1



2



3



4

5

2023 Google

## Warum ist die richtige Beflaggung, Beschilderung und Kennzeichnung der Ortsgemeinde und für das Rathaus wichtig?

Die Beflaggung, Beschilderung und Kennzeichnung von Gebieten, Gebäuden, Schiffen und Booten, Dienstfahrzeugen gilt als **weltweite Amtssprache** und zeigt *die Art, die Angehörigkeit, den Rechtskreis, die Verwaltung und die Besteuerung des Gebietes an.*

Das Gemeindegebiet der Ortschaft **Freisbach** ist rechtlich durch das Ortschild dem *Kreis Germersheim* anbehörig und daher dem Kreis gegenüber Abgaben- und Steuerpflichtig, was den finanziellen Engpass der Gemeinde **Freisbach** und den Rücktritt der Executive und des Bürgermeisters begründet

Das Kreisgebiet beginnt am Ortschild und weist die Ortsgemeinde **Freisbach** damit als *Landesgemeinde* aus.

**Freisbach**

Kreis Germersheim



Das Gemeindegebiet der Ortschaft **Freisbach**  
ist rechtlich durch das Ortsschild  
dem *Kreis Germersheim* angehörig  
und daher dem Kreis gegenüber  
*Abgabe- und Steuerpflichtig*,  
was den finanziellen Engpass  
der Gemeinde **Freisbach**  
und den Rücktritt der Executive  
samt Bürgermeister begründet.

Das *Kreisgebiet* beginnt am Ortsschild  
und weist die Gemeinde **Freisbach**  
als *Landesgemeinde* aus.



**5** Grenzstein zur Markierung der neuen örtlich Liegenschaft zu Friedenerhaltung Vermögenssich



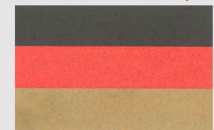
**4** Ortstafel  
- weißer Hintergrund  
- grüne Schrift  
- Ortsname und Gemeinename  
- Gemeinewappen.



**3** völkerrechtliche weiße Friedensflagge + Gemeinewappen



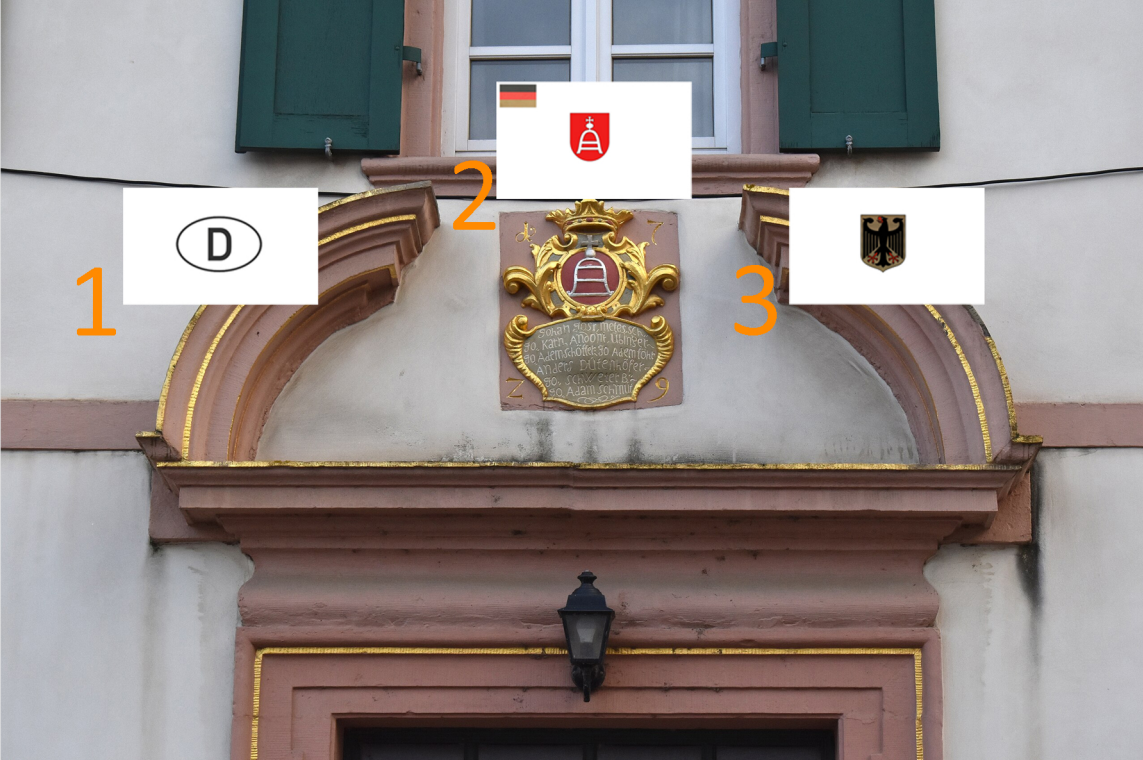
**2** Ortstafel nach der STVO.



**1** gesetzliche Bundesflagge nach der Anordnung über die deutschen Flaggen von 1996



Welche ist die richtige Beflaggung  
und Kennzeichnung für das Rathaus  
bei der Ortschaft Freisbach?



**1** Das Kennzeichen D der Bundesrepublik auf der völkerrechtlichen weißen Friedensflagge.



**2** Das Gemeindewappen auf der völkerrechtlichen weißen Friedensflagge zusammen mit der Bundesflagge.



**3** Das Bundeswappen auf der völkerrechtlichen weißen Friedensflagge.

**Warum benötigt es neben  
der Beflaggung und Gebietskennzeichnung  
auch eine neue Grenzsteinsetzung  
für die Ortschaft?**

Die heutige Gebiets- und Grundstücksordnung  
basiert auf den früheren Grenzsteinsetzungen  
und Liegenschaften.

Das Grundstück spiegelt die Liegenschaft!

Durch die neue Grenzsteinsetzung erschafft  
die **Ortsgemeinde** ein neues Liegenschaftsgebiet  
und damit ein neues zu *verwaltendes Grundstück*,  
welches bisherige Liegenschaften,  
Grundstücke und Immobilien  
als Bestand der **Bundesgemeinde** einschließt  
und diese damit vor Einteilung  
und Zwangsversteigerung schützt.

Bisherige Besitz- und Eigentumsverhältnisse  
bleiben bestehen. Verträge *z.B. mit dem  
Kreis Germersheim* bleiben davon unberührt.



# Grenzsteine und Grenzsteinsetzung zur Markierung von Liegenschaften

## Grenzstein

Ein **Grenzstein** (auch **Abmarkung**, **Markstein**, **Markierungsstein**, **Bannstein** oder veraltet **Terme**) ist eine übliche Kennzeichnung von **Grenzpunkten** (**Eckpunkten**, **Knickpunkten** oder **Knotenpunkten**) einer **Flurstücksgrenze**. Grenzsteine werden zur örtlichen Kennzeichnung sichtbar, aber bodenbündig in den Grenzpunkt gesetzt, in der Regel mit einer mittleren Lagegenauigkeit von einigen Zentimetern. Bei Feld- und Waldgrenzen können sie aber auch einige Dezimeter aus dem Boden ragen, um für **Landwirte** beim **Ackern** gut sichtbar zu sein (hier werden meist längere Steine als sonst üblich verwendet). Diese wurden üblicherweise als **Gütersteine** bezeichnet.<sup>[1]</sup> In sehr lange **Grenzen** wurden früher so genannte **Läufersteine** gesetzt, meist alle 100 Meter.

## Flurstücksgrenze

Mit **Flurstücksgrenze** (engl. *parcel boundary*) wird im **Liegenschaftswesen** und im Bereich der **Katastervermessung** die Abgrenzungslinie eines **Flurstücks** bezeichnet. Diese **Grenze** ist in der Regel durch **Grenzsteine** abgemarkt und kann aus den Maßzahlen des **Katasters** jederzeit wiederhergestellt werden.<sup>[1]</sup> Die Feststellung erfolgt in einem einmaligen **Verwaltungsverfahren**, bei dem von einer öffentlichen Vermessungsstelle die Flurstücksgrenze öffentlich-rechtlich bestimmt und danach bestandskräftig im Liegenschaftskataster nachgewiesen wird.<sup>[2]</sup> Die Aufteilung von Flurstücken kann zur Neufeststellung der Flurstücksgrenzen führen.

Die **Eigentumsgrenzen** von **Grundstücken** fallen in der Regel mit Flurstücksgrenzen zusammen.<sup>[3]</sup> Flurgrenzen sind immer auch Flurstücksgrenzen.



**Dreimärker** von 1829 auf dem **Limes** nahe des **Großen Feldbergs** im **Taunus**



Historischer Grenzstein von 1860 auf der ehemaligen Grenze zwischen dem Fürstentum Lippe (Lippische Rose) und de

## Feldgeschworene

**Feldgeschworene** wirken in **Bayern**, **Rheinland-Pfalz** und bis Ende 2014 auch in **Thüringen** bei der Kennzeichnung von Grundstücksgrenzen und **Flurstücken** mit. Sie setzen **Grenzsteine** höher oder tiefer, entfernen **Vermessungspunkte** oder ersetzen beschädigte Vermessungspunkte. Als Hüter der **Grenzen**, Mittler bei Grenzstreitigkeiten und **Abmarkungen** in **Gemeindegebieten** arbeiten sie eng mit **Vermessungsbeamten** zusammen. Es gibt eine Vielzahl von alternativen Bezeichnungen mit teilweise nur regionaler Verwendung. Die bekanntesten sind **Siebener** oder **Siebner** (deren Tätigkeit, die **Siebner**ei, durch **Steinsetzerordnungen**<sup>[1]</sup> bzw. **Siebnerordnungen** geregelt war<sup>[2]</sup>), **Landscheider**<sup>[3]</sup> **Untergänger** und **Steinsetzer**. Seit dem 12. oder 13. Jahrhundert gibt es Feldgeschworene. Das Amt des Feldgeschworenen ist eines der ältesten noch erhaltenen Ämter der **kommunalen Selbstverwaltung**. Alleine in Bayern gibt es etwa 25.000 Feldgeschworene, davon 15.000 in **Franken** (Stand 2016).

### Aufgaben

Aufgabe der Feldgeschworenen ist das aktive Kontrollieren und Abgehen der Gemeindegrenze durch die Bürger, die sogenannte **Grenzbegehung**, d. h. eine Tätigkeit, um eine (Gemeinde-)Grenze zu kontrollieren, freizuhalten oder die Kenntnis über den Verlauf von Grenzen zu vermitteln. Sie wirken durch Kennzeichnung von Grundstücksgrenzen und **Flurstücken** mit, die Besitzverhältnisse und verwaltungsmäßige Zuständigkeit des Territoriums zu dokumentieren. Feldgeschworene wachen über die Grenzen. Die Feldgeschworenen sind zur gewissenhaften und unparteiischen Tätigkeit sowie zur Verschwiegenheit und Bewahrung des **Siebenergeheimnisses** durch Eidesform auf Lebenszeit verpflichtet.

### Zusammenarbeit mit den Vermessungsbehörden

Die Abmarkung wird grundsätzlich von den staatlichen Vermessungsbehörden vollzogen. Die Feldgeschworenen wirken hierbei mit. Durch gemeindliche Satzung kann bestimmt werden, dass bei den behördlichen Vermessungen das Setzen und Entfernen von Grenzsteinen den Feldgeschworenen vorbehalten ist. Die Feldgeschworenen können dabei ihr geheimes Zeichen (Siebenergeheimnis) einbringen. Das für die Abmarkung zuständige Vermessungsamt wird dadurch nicht von der Verantwortung für den richtigen und sachgemäßen Steinsatz befreit.

### Grenzbegehung

Auf Anordnung des ersten Bürgermeisters nehmen die Feldgeschworenen Grenzbegehungen vor. Stellen sie dabei Mängel an Grenzzeichen fest, teilen sie dies den Grundstückseigentümern mit. Über Mängel an Gemeindegrenzzeichen wird der Erste Bürgermeister informiert.

### Setzen von Siebenerzeichen

Die Feldgeschworenen kennzeichnen die Lage der Grenzpunkte mit geheimen Zeichen. Diese werden auch Unterlagen, Beleg, Zeugen oder Geheimnis genannt. Die Siebenerzeichen sind meist besonders geformte und beschriftete Zeichen aus dauerhaftem Material, wie z. B. gebranntem Ton, Glas, Porzellan oder Metall. Sie werden im Bereich des Grenzsteins in einer bestimmten, nur den Feldgeschworenen bekannten Anordnung ausgelegt. Die Art dieser Anordnung bezeichnet man als **Siebenergeheimnis**. An Form und Lage der Zeichen erkennen die Feldgeschworenen, ob der Stein verändert wurde.

FBek: 8. Siebenergeheimnis

### 8. Siebenergeheimnis

8.1

<sup>1</sup>Die Feldgeschworenen können gemäß Art. 12 Abs. 4 AbmG die Grenzsteine mit geheimen Zeichen (Siebenergeheimnis) unterlegen. <sup>2</sup>Beim Einbringen und Untersuchen der geheimen Zeichen sollen nur Feldgeschworene anwesend sein, damit das Siebenergeheimnis gewahrt bleibt.

8.2

Das Siebenergeheimnis wird nur mündlich weitergegeben und ist zeitlebens zu bewahren.



- Liegenschaft
- Immobilie
- Grundstück

### Beachte

- Unterschied zwischen **Flurstücksgrenze**, **Grundstücksgrenze** und **Grenze**
- Unterschied zwischen **Flurstück** und **Grundstück**
- Verbindung zwischen **Liegenschaftskataster**, **Kataster** und **Grundbuch**

- Eine Liegenschaft ist ein Flurstück im Katasteramt und rechtlich der Lebensraum der Allgemeinheit ohne Buchhaltung.
- Ein Grundstück ist eine juristische Person im Grundbuchamt mit Eigentümer und Buchhaltung.
- Eine Immobilie ist eine juristische Person mit Eigentümer und Buchhaltung

- Die Liegenschaft ist Landrecht (*seit 1949 Bundesrecht*).
- Das Grundstück ist Landesrecht (*Seerecht*).
- Die Immobilie verbindet die Liegenschaft mit dem Grundstück.

- Das Grundstück spiegelt das Gebiet der Liegenschaft als rechtliche Verwaltungseinheit im Seerecht.
- Die Flurstücksgrenze (Liegenschaftsgrenze) ist die Grundstücksgrenze.
- Die Liegenschaft und das Grundstück sind zwei verschiedene Rechtskapazitäten mit identischem Gebiet.

- Die Liegenschaft ist Teil des deutschen Landrechtes und beinhaltet den ewigen Landfrieden (*früheres Recht*), welches im Bundesrecht (*Grundgesetz Artikel 123*) aufgegangen ist => Bundesrecht bricht Landesrecht (*Grundgesetz Artikel 31*).
- Eine Liegenschaft (*Flurstück*) kann im Kataster in verschiedene Nutzungsarten unterteilt sein, die jedoch keine eigene Buchungseinheit (*Buchhaltung*) mehr darstellen.

- Die Gesamtheit der Grundstücke bilden die Wirtschaftszone „Bundesrepublik Deutschland“ (*WR/DR1919*).
- Die Gesamtheit der Immobilien bilden die Wirtschaftszone „Bundesrepublik“ mit Bundesländern (*DR/Bundesstaaten 1871*)
- Die Gesamtheit der Liegenschaften bilden die deutschen Länder (*deutsche Einzelstaaten mit Verfassungen*) als wirtschaftsfreie Zone **Bundesrepublik Deutschland** (*Staatenbund*).



**Wann ist die Ortsgemeinde Freisbach  
offiziell eine Bundesgemeinde  
und WIE und durch WEN**

**werden die *staatlichen Bundesmittel* bereit gestellt?**

Sobald die Einwohner der Ortsgemeinde **Freisbach**

für das eigene Ortsgebiet  
die **völkerrechtliche** und **international**  
anerkannte Friedenskennzeichnung  
gesetzlich über den **Einwohnerantrag**  
herbeiführt und die Grenzsteinsetzung  
für die neue Liegenschaft  
mit *Grundstücksverwaltung*  
eingrichtet haben,

ist die Ortsgemeinde **Freisbach**  
als „Bundesgemeinde“ deklariert  
und hat Anspruchsberechtigung  
auf bundesstaatliche Fördermittel.

Die Zuständigkeit der Abwicklung und Bereitstellung  
*staatlicher Bundesmittel* an die Bundesgemeinde  
über die örtliche Kämmerei

liegt bei der  
**Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.**

Die Verknüpfung des **Gemeindegebietes Freisbach**  
mit dem **Bundesgebiet** macht die Bundesanstalt  
zum gesetzlich beauftragten Beteiligten  
unter Anwendung des Raumordnungsgesetzes.

Die *bundesstaatlichen Fördermittel*  
für die Bundesgemeinde  
**finanzieren** nach dem *ROG § 2 (2) (3)*:

- Ausbau und Erweiterung der Gemeinde.
  - Sanierung, Modernisierung, Neubau  
und Bebauung von öffentlichen  
und privaten Immobilien und Grundstücken  
(z.B. Rathaus, Kindergarten,  
Hallenbad, Sporthalle, Schulgebäuden, Parkanlagen,  
Straßen, Gehwege, **sogar** privat gehörende,  
genutzte und bewohnte Einfamilienhäuser  
oder Gewerbeobjekte).
- kulturelle und *kommerzielle* Partnerschaften  
mit anderen Gemeinden, Kommunen oder Städten.
- die Daseinsvorsorge zum Wohle der Allgemeinheit.



## ZUSAMMENFASSUNG

Die **Ortsgemeinde** als „Landesgemeinde“  
kann den Rechtsstatus  
„**Bundesgemeinde**“ bekommen  
und erhält darüber bundesstaatliche Fördergelder  
für den öffentlichen und privaten Eigenbedarf.

### Schritt 1

Einwohnerantrag „Bundesgemeinde“ stellen  
und das nötige gesetzliche Quorum erreichen,  
um damit den Gemeinderat (*Executive*)  
mit der Umsetzung des legislativen Beschlusses  
zu beauftragen.

### Schritt 2

Eine **völkerrechtlich** und **international** anerkannte  
Friedenskennzeichnung für das Ortsgebiet.  
Die erweiterte Gebietskennzeichnung  
der Ortschaft mit Beflaggung und Beschilderung.

### Schritt 3

Grenzsteinsetzung zur Erschaffung  
einer neuen Liegenschaft  
mit eigener *Grundstücksverwaltung*.  
Das **Gemeindegebiet** ist damit als  
schützbedürftiges Friedensgebiet  
an das **Bundesgebiet** angeschlossen

Die **Gemeinde** ist eingeladen  
durch Selbstbestimmung  
nach Artikel 28  
des  
GRUNDGESETZES  
der  
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
die örtlichen Angelegenheiten  
in eigener Verantwortung  
und Selbstverwaltung zu regeln.

Um die genannten *bundestaatlichen Fördergelder*  
zu erhalten, muss die *Landesgemeinde*  
über einen **Einwohnerantrag**  
eine sich selbst verwaltende  
**Bundesgemeinde**  
werden.

Das Entscheidene  
**ist die Bereitschaft und der Wille**  
der Einwohner der **Ortsgemeinde**  
zur Selbstbestimmung und Selbstverwaltung  
über den *legislativen* Weg des **Einwohnerantrages**  
die Exebutive (*Gemeinderat*)  
mit der **völkerrechtlichen und international**  
**anerkannten Gebietskennzeichnung**  
und der neuen Grenzsteinsetzung  
zu *beauftragen*.